

GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

1/2014 68. Ausgabe

Wiener Straßen-Lärm

HistorikerInnen haben die Biografien problematischer NamensgeberInnen von Straßen, Gassen, Plätzen und Parks in Wien erforscht. Rückblick und Ausblick auf eine zwischenzeitlich eingeschlafene Debatte.

Rund 6.600 Straßen und Parks gibt es in Wien. Ganze 4.379 von ihnen sind nach Personen benannt. Viele der Namen sind tief im kollektiven Gedächtnis der WienerInnen verankert – auch wenn es sich dabei um Antisemiten, illegale NationalsozialistInnen und Mitglieder der Waffen-SS handelt. Denn Straßenbenennungen und -umbenennungen dienen als geschichtspolitische Praktiken dazu, eine Wertvorstellung zu bestätigen und in die Semiosphäre der Stadt einzuschreiben.¹

Doch gerade politische und historische Annahmen sind laufend im Übergang begriffen, Umbenennungen sind Werkzeuge der Identitätsbildung. Kaum ein Platz in der Stadt verdeutlicht dies so gut wie jener vor der Votivkirche: Ursprünglich hieß er Maximiliansplatz, benannt nach dem gleichnamigen Kaiser. Nach Ausrufung der Republik bis zum Jahr 1934 trug er den Namen Freiheitsplatz, hieß während des Austrofaschismus Dollfußplatz und in der NS-Zeit Hermann-Göring-Platz. Nach Kriegsende wechselte man wieder auf Freiheitsplatz, der bereits 1946 in Rooseveltplatz umbenannt wurde.

Die wechselhafte Geschichte des Rooseveltplatzes ist prototypisch, die Umbenennung aber alles andere als einzigartig. 980 Verkehrsflächen wechselten zwischen den Jahren 1910 und 2010 ihren Namen. Die Umbenennungen häuften sich deutlich entlang politischer Einschnitte und wurden in den darauf folgenden Jahren umgesetzt: 1918 der Zerfall der Monarchie, 1933/34 die Machtübernahme des Austrofaschismus und 1938 des Nationalsozialismus sowie 1945 die Rück- und Umbenennungen nach dem Ende des NS-Regimes. Aus dem Adolf-Hitler-Platz wurde alsbald wieder der Rathausplatz, aus der Horst-Wessel-Straße die Rodauner Hauptstraße. Die Gesichtspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit sah außerdem vor, österreichische FreiheitskämpferInnen sowie Opfer im Kampfe gegen den Faschismus und für ein demokratisches Österreich zu berücksichtigen.² Februar-KämpferInnen waren insbesondere bei Benennungen 1948/49 stark vertreten. Die letzte Phase der aktiven Auseinandersetzung mit Straßennamen stellte der Abzug der Alliierten dar. Infolge dessen wurden etwa die Brücke der Roten Armee zur Reichsbrücke und der Stalinplatz zum Schwarzenbergplatz. Der Theodore Roosevelt gewidmete Platz hat die letzte Phase ausgelassen, er trägt seinen Namen bis heute – und die davor liegende Grünfläche heißt seit 1985 Sigmund-Freud-Park.

Ein Geburtstagsgeschenk an die Universität

„Die Stimme des Intellekts ist leise“, prangt dort auf einem Gedenkstein für den Vater der Psychoanalyse. Es ist kein Zufall, dass Freud erst spät zu dieser Ehre kam. In der Zweiten Republik herrschte nach 700 Um- und Rückbenennungen zwischen 1934 und 1955 Umbenennungs-Überdross. Zudem wurde bei Neubenennungen, insbesondere in den Außenbezirken, auf neutrale Benennungen nach Pflanzen, Edelsteine und Planeten zurückgegriffen, während internationale Aspekte kaum eine Rolle spielten. Die 1980er-Jahre markieren bekanntlich den Beginn einer Auseinandersetzung über die Verstrickung von ÖsterreicherInnen in das NS-Regime bis zur Erforschung antisemitischer Kontinuitäten in der Gesellschaft. So wurde ein Jahr nach der Waldheim-Debatte auch erstmals zur Diskussion gestellt, ob Wien tatsächlich einen Teil seiner bekanntesten Straße Ex-Bürgermeister Karl Lueger widmen soll. Mehrere Anläufe von BürgerInneninitiativen, StudentInnen und den Grünen scheiterten, bis 2012 doch die Umbenennung erfolgte. Der neue Name: Universitätsring. „Das ist ein Wendepunkt, nicht nur für die Universität, sondern für das ganze Land und meine persönliche Geschichte“, sagte Eric Kandel damals. Der Nobelpreisträger, der als Jude 1939 in die USA emigrieren musste, hatte intensiv für den neuen Namen lobbyiert. Die Stadt gab letztlich nach und machte der Universität ein vorzeitiges Geschenk zu ihrem 650-jährigen Geburtstag 2015. Die Briefköpfe der Universität Wien werden dann nicht mehr in der Anschrift den Namen eines Politikers tragen, der Antisemitismus systematisch vertrat.

Über den Dr.-Karl-Lueger-Ring ist viel debattiert und geschrieben worden, aber wie steht es um die anderen 4.378 personenbezogenen Straßen, Gassen, Plätze und Parks in Wien? Seit 2011 beschäftigen sich HistorikerInnen am *Institut für Zeitgeschichte* der Universität Wien mit dem *Verzeichnis zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte* mit dem Thema. Daraus entstand ein von der Stadt Wien gefördertes Forschungsprojekt, in dem untersucht wurde, ob NamensgeberInnen öffentlich antisemitisch, rassistisch oder faschistisch gehandelt haben und ob sie sich überdurchschnittlich stark für den Nationalsozialismus engagiert haben. Aber auch Personen, die vor der NS-Zeit gelebt haben, wurden untersucht. Auf der Shortlist der „kritischen Namen“ landeten schließlich 159 Personen, darunter be-

fund sich lediglich eine Frau. In 28 Fällen herrsche „intensiver Diskussionsbedarf“, konstatierten die HistorikerInnen. Dieser besteht bei jenen Personen, die „offensive und nachhaltig antisemitische Einstellungen bzw. andere gruppenbezogenen menschenfeindlichen Vorurteile vertreten haben“.³ Eindeutig aktive Mitglieder der NS-DAP bzw. Mitglieder von SS und SA zählen ebenfalls zur „Gruppe A“. Weitere Kriterien, um in diese Gruppe aufgenommen zu werden, umfassten die „Integration von rassistischem und menschenfeindlichem Gedankengut in konkrete Arbeiten bzw. Verhaltensweisen oder die Verharmlosung von Verbrechen gegen die Menschheit (z.B. Holocaust) oder die individuelle Verantwortung für exzessive Gewaltanwendung“.⁴

Geistliche, Musiker, Politiker, SchriftstellerInnen, Sportler, Unternehmer, Wissenschaftler sowie je ein Musiker und ein Armeeeingehöriger zählen zu jenen Personen, bei denen „intensiver Diskussionsbedarf“ vorhanden ist. Unter ihnen befinden sich prominente Namen wie der frühere ÖVP-Nationalratspräsident Leopold Kunschak, der Radrennfahrer, ‚Aristeur‘ und Journalist Ferry Dusika und der Konstrukteur des Volkswagens, Ferdinand Porsche.

Antisemit trifft auf Wehrdienstverweigerer

Zwei jener 28 Fällen sollen im Folgenden im Detail besprochen werden. Der Fokus liegt dabei auf Personen, die lange vor dem NS-Regime lebten, um die Virulenz des Antisemitismus noch vor dem Grauen des Nationalsozialismus zu unterstreichen: Der Antisemitismus von Sebastian Brunner (1814–1893), Prälat, Schriftsteller und Gründer der *Wiener Kirchenzeitung*, geht weit über den damals üblichen katholischen Antisemitismus hinaus. Erika Weinzierl bezeichnete ihn bereits 1970 als „Schlüsselfigur im katholischen Antisemitismus Österreichs“.⁵ In seinem Buch *Der Nebeljungen Lied* schrieb Brunner: „Wir haben keinen Judengott mehr, Und wir hassen den Gott der Christen, Wir sind die keckste Rotte der Welt, Wir jüdische Pantheisten [...] Nicht auf die Kirche nur stürmen wir los, Wir brechen auch die Synagoge, Wir schicken den Mosche zu Jehova, Mit samt seinem Dekalogue.“⁶ Bis heute trägt eine kleine Gasse im 13. Bezirk Brunners Namen – unweit des ORF-Zentrums am Küniglberg.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Post aus...	2
„Wien“ erinnert sich	3
Die Angst vor dem Straßenschild	4
„Hier wurden Wunden aufgerissen, die nicht verheilt sind, sondern nur vernarbt“	5
In Memoriam Emil Maurer	6–7
vor.gelesen Rezensionen	7
Ankündigungen und Veranstaltungshinweise	8

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

In dieser Ausgabe von *GEDENKDIENTST* liegt der Fokus auf der historischen Auseinandersetzung mit Straßennamen und deren Umbenennungen. Ein wesentlicher Anstoß für diese Schwerpunktausgabe bildete der im letzten Jahr erschienene Endbericht des Forschungsprojekts *Straßennamen Wiens seit 1860 als ‚Politische Erinnerungsorte‘*, der im Auftrag der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7) von einer HistorikerInnenkommission erstellt wurde. Der Leitartikel von Alexander Dworzak befasst sich sogleich mit diesem Bericht, beleuchtet die Diskussion rund um Umbenennungsinitiativen und geht der Frage nach, wie und ob die Stadt Wien die Ergebnisse des Straßennamenberichts in weiterer Folge umgesetzt hat.

Im darauffolgenden Beitrag liefert Birgit Nemeč einen Überblick über Umbenennungsprojekte in Österreich. Sie untersucht, in welcher Form Erinnerungsprojekte im Bereich der Straßennamen, vor allem in Wien, heute stattfinden.

Florian Wenninger befasst sich in seinem Artikel mit kommunalpolitischen Möglichkeiten im Umgang mit belasteten Verkehrsflächenbezeichnungen und definiert vier Argumentationslinien hierfür.

Danach folgt ein Interview mit Franz Kuttner, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Erlauf in Niederösterreich. Während seiner Amtszeit wurde das Kunstprojekt *Erlauf erinnert sich ...* umgesetzt, im Zuge dessen temporäre Straßenumbenennungen im Ort stattgefunden haben. Im Gespräch mit Ina Markova berichtet er von den Reaktionen der BewohnerInnen auf das Kunstprojekt.

Erst kürzlich wurde eine Parkanlage nach dem ehemaligen Bezirksvorsteher und Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Emil Maurer benannt und Florian Wenninger beleuchtet dessen politischen Werdegang. Die Rubrik *Post aus...* führt uns dieses Mal nach Budapest. Andreas Pigl gibt Einblick in seine derzeitige Arbeit am *Budapester Holocaust Institut* (BHI). Wie gewohnt finden sie auf den letzten Seiten die Rezensionen und Ankündigungen.

Viel Freude am Lesen wünschen

Jutta Fuchshuber und Sarah Knoll,
Chefredakteurinnen *GEDENKDIENTST*

Fortsetzung von Seite 1

Eine Schlüsselfigur des 19. Jahrhunderts war auch Josef Schlesinger (1831–1901). Der Mathematiker und Philosoph war Professor, später Rektor der k. u. k. Hochschule für Bodenkultur sowie ab 1891 Reichsratsabgeordneter der Christlichsozialen Partei und Wiener Gemeinderat. „Wo einstens die Juden nur geduldet wurden, sind sie jetzt die Herren, und die Nachkommen der Christen sind jetzt ihre Knechte [...] streiten und kämpfen wir doch lieber vereint gegen die uns unterjochende jüdische Geldherrschaft, gegen den volkswirtschaftlichen, unsere arische Kultur vernichtenden semitischen Ring“, sagte Schlesinger 1899 im Reichsrat.⁷ Für Karl Kraus war Schlesinger ein Plagiator von Houston Stewart Chamberlains Theorie von der „Rassenreinheit“. Nichtsdestotrotz befand sich das Amtshaus für den 8. Wiener Gemeindebezirk bis 2006 auf dem Schlesingerplatz. Der Platz wurde auf rotgrüne Initiative im Bezirk und mit Zustimmung der Kulturkommission der Stadt Wien umbenannt – in Schlesingerplatz, nach der sozialdemokratischen Kämpferin für Frauenrechte Therese Schlesinger. Übersehen wurde aber offenbar, dass es im 14. Bezirk bis heute eine Josef-Schlesinger-Straße gibt. Ironie der Geschichte: Die Straße trifft dort auf die Jägerstätterstraße, die 1993 nach dem Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter benannt wurde.

Bevor Jägerstätter in Form eines Straßennamens geehrt wurde, fuhr, ging oder radelte man durch die Ottokar-Kernstock-Straße, benannt nach dem deutschnationalen Dichter, dessen Originalzitate auch Karl Kraus in *Die letzten Tage der Menschheit* einbaute. Im Gegensatz zum Schlesingerplatz, wo derselbe Name eine andere Konnotation erhalten hat, wurde im 14. Bezirk ein radikaler Bruch mit dem Namen und der dahinterstehenden Denkweise gezogen. Die Kriterien, warum eine Verkehrsfläche nach jemandem benannt werden soll, haben sich in den vergangenen Jahren aber nicht verändert: Dazu zählen Verdienste um Wien, idealerweise ein Bezug zum jeweiligen Bezirk und dass der Namensgeber zumindest ein Jahr nicht mehr unter den Lebenden weilt. Bis das blau-weiße Straßenschild montiert ist, müssen einige Hürden überwunden werden: Erst schlägt die Kulturkommission des jeweiligen Bezirks KandidatInnen vor, Kulturkommission und Bezirk fassen die Beschlüsse und leiten sie an die MA 7, die Kulturabteilung der Stadt Wien, weiter. Diese lässt die Beschlüsse prüfen, unter anderem vom *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes* oder dem *Wiener Stadt- und Landesarchiv*. Dann befasst sich der Unterausschuss für Verkehrsflächenbenennungen des Gemeinderats mit der Materie. Anschließend berät und stimmt der Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft ab. Und zuletzt unterschreibt der zuständige Stadtrat den Akt.

„Bei Umbenennungen von Straßen bin ich zurückhaltend. Es geht nicht darum, Geschichte auszulöschen, sondern darum, sie bewusstzumachen“, sagte der amtierende Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (SPÖ) in einem Interview mit *Der Standard*.⁸ Im Juli 2013 veröffentlichte die mit der Verfassung des Straßennamen-Berichts befassten HistorikerInnen ihren Forschungsendbericht, der auf großes politisches und mediales Echo stieß. Die Wiener ÖVP „begrüßte den Ansatz, sich kritisch mit Straßennamen auseinanderzusetzen“⁹ und stimmte darin mit

Mailath-Pokorny überein, dass Straßenumbenennungen eine seltene Ausnahme bleiben sollten. Nochmals hielt die Volkspartei bei dieser Gelegenheit fest, dass sie auch weiterhin gegen die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings sei. Karlheinz Kopf, damals Obmann des VP-Parlamentsklubs forderte eine Umbenennung des Renner-Rings: „Ich möchte nicht, dass ein Renner, der [...] 1938 seinem tiefgreifenden Deutschnationalismus und seinem Ehrgeiz [...] im öffentlichen Rampenlicht zu stehen, nachgegeben hat“ und am 3. April 1938 sein Ja zum Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland verkündete und damit die Auslöschung Österreichs befürwortete, länger Namensgeber des Parlamentsstandortes ist.¹⁰ Stattdessen sollte jener Teil der Ringstraße in Parlamentsring umbenannt werden, wie dieser bereits von 1949 bis 1956 hieß.

Der Dr.-Karl-Renner-Ring und der Schubertring sind mittlerweile die einzigen Teile der Ringstraße, die nach Personen benannt sind. Auch mit Renner haben sich die HistorikerInnen in ihrem Bericht kritisch auseinandergesetzt. Er fällt in die „Gruppe B“ jener 56 „Fälle mit Diskussionsbedarf“. In der Ersten Republik „bediente und verstärkte Renner – wie auch die sozialdemokratische Agitation dieser Zeit – in Österreich und Deutschland immer wieder das Vorurteil des ‚jüdischen Großkapitals‘. Aber im Unterschied zum Luegerschen Antisemitismus, der ein umfassendes politisches Programm darstellte, sich nicht auf eine Polemik im Parlament beschränkte, und breit und permanent in die Gesellschaft kommuniziert wurde, blieb auch in der Folge der Antisemitismus keine öffentliche politische Kategorie für Renner“, schrieb Oliver Rathkolb.¹¹

Nicht nur die ÖVP, auch die FPÖ blieben bei ihrer Kritik der Umbenennung des Lueger-Rings. Für den Wiener Klubobmann Johann Gudenus sei dies ein „Sündenfall“¹² gewesen. Mit Verweis auf Karl Renner merkte er an: „Wenn SPÖ und Grüne der Bevölkerung also unbedingt eine Zusatztafel-Schwemme aufs Aug drücken wollen, dann dürfen sie nicht länger auf dem linken Auge blind sein“.¹³ Abgesehen davon, dass jene Schwemme bisher nicht eintraf, sind Zusatztafeln nur ein Weg des Umgangs mit belasteten Straßennamen. Die Palette reicht von der Umbenennung zur Umwidmung bis zur künstlerischen Intervention. Jede dieser Maßnahmen ist natürlich mit Kosten verbunden; bei der Umbenennung etwa muss der Bezirk für alles aufkommen, vom Austausch der Tafeln bis zu den Dokumentenänderungen der AnrainerInnen.

Auch in anderen Städten Europas und weltweit wird die Benennungspraxis der öffentlichen Räume thematisiert. In der deutschen Universitätsstadt Münster stimmte nach langem politischen Hickhack letztlich die Bevölkerung ab, ob ein nach Paul von Hindenburg benannter Platz einen neuen Namen erhalten soll. Der Name des Reichspräsidenten, der Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, wich nach 85 Jahren, stattdessen heißt der Platz vor dem Fürstbischöflichen Schloss in der westfälischen Stadt nun schlicht Schlossplatz. Interessantes Detail: Der CDU-Bürgermeister von Münster, Markus Lewe, setzte sich für die Umbenennung ein, während ein Großteil seiner Fraktion dagegen war. Früher als in Österreich sei auch die „zweite Reihe der NS-Zeit“ ins Blickfeld gerückt, sagt der deutsche Historiker Rainer Popinghege: „Die Gesinnung vieler Juristen, Dichter, Funktionäre oder Ärzte ist erst in den Achtzigerjahren erforscht worden.“¹⁴

Hierzulande bedienen sich PolitikerInnen so mancher Kunstgriffe bei der Umbenennung: In Klagenfurt entschloss man sich zwar dazu, dass die Ferdinand-Porsche-Straße einen neuen Namen erhalten sollte, aus ihr wurde jedoch schlicht die Porsche-Straße. Weil der Arzt Franz Xaver Rais aus St. Wolfgang eine Jüdin denunziert hatte, man aber niemanden verärgern wollte, wurde aus der Dr.-Franz-Xaver-Rais-Promenade schlicht die Doktor-Promenade.

In Wien vergingen seit Vorstellung des Forschungsberichts neun Monate, nach der ersten Welle der Berichterstattung wurde es ruhig um das Thema. Grund im Büro von Andreas Mailath-Pokorny nachzufragen: Die Forschungsergebnisse seien an die Bezirke weitergeleitet worden. Diese wurden beauftragt, Vorschläge zu liefern, wie mit den neuen Erkenntnissen umgegangen werden sollte. Mittlerweile sei deren Feedback eingetroffen und werde von HistorikerInnen und weiteren ExpertInnen überprüft. Es solle ein Konzept für alle Bezirke erarbeitet werden. Einen fixen Zeitplan dafür gebe es aber noch nicht, er hoffe aber, dies noch 2014 zu schaffen, erklärte der Sprecher des Kulturstadtrats, Daniel Benyes, auf Anfrage Mitte März. Wie gehabt sollen Umbenennungen möglichst vermieden werden: „Die Geschichte der Stadt soll in Erinnerung bleiben, man darf die dunklen Seiten nicht unter den Teppich kehren.“ Genau deswegen solle es beispielsweise auch beim Lueger-Platz im ersten Bezirk oder der Lueger-Brücke im 14. Bezirk bleiben, Spielraum für eine Umbenennung sehe Benyes „eher nicht“. Der Universität Wien gestand man die Umbenennung des Lueger-Rings 2012 zu, weil es noch andere mit dem Ex-Bürgermeister konnotierte Orte in der Stadt gebe.

Über die Vita der im Forschungsbericht angeführten Fälle sagt man im Büro Mailath-Pokorny, bei den in den vergangenen Jahren vorgenommenen Änderungen handle es sich um Personen, die „noch eine Stufe belasteter“ gewesen seien. Folgt man der Argumentation aus dem Kulturstadtratsbüro, hieße das, Karl Lueger war belastet genug, um den Teil der Ringstraße umzubenenen – ist aber nicht belastet genug, dass die anderen nach ihm benannten Verkehrsflächen einen neuen Namen erhalten sollen. Ganz zu schweigen von den anderen, noch vorhandenen hochproblematischen Benennungen. Zumindest in die Causa Dusika kommt mittlerweile Bewegung: SPÖ, Grüne und ÖVP sprachen sich im Leopoldstädter Bezirksparlament für eine Umbenennung des Stadions aus.

Alexander Dworzak

ist Politikwissenschaftler und Redakteur der *Wiener Zeitung*

- 1 Vgl. Forschungsprojektendbericht Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“, 2013, 25.
- 2 Vgl. Wiener Rathauskorrespondenz, 11.10.1948.
- 3 Forschungsprojektendbericht Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“, Wien 2013, 45.
- 4 Ebd.
- 5 Erika Weinzierl, Stereotypen christlicher Judenfeindschaft, in: Wort und Wahrheit, 25/4, (1970), 351.
- 6 Sebastian Brunner, Das Nebeljungens Lied, 1846, 33ff.
- 7 Die Fackel, Nr. 24 vom November 1899, 55ff.
- 8 Der Standard vom 8. Mai 2013.
- 9 Presseaussendung vom 3. Juli 2013, abrufbar via ots.at.
- 10 Ebd.
- 11 Forschungsprojektendbericht Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“, Wien 2013, 178.
- 12 Presseaussendung vom 3. Juli 2013, abrufbar via ots.at.
- 13 Ebd.
- 14 Der Standard vom 8. Mai 2013.

Post aus...
Budapest

Budapest, April/Mai 2014

Am Tag meiner Abreise war mir klar, dass sich in meinem Leben vermutlich nie wieder so viel von einem Tag zum anderen ändern würde, wie durch den Beginn des Gedenkdiensts: Neuer und erster Job, neue Wohnung, neue Stadt, neue Kultur, neue Sprache, neue Freunde – kurz gesagt: alles neu.

Ich setzte mich also mit vollem Koffer, hohen Erwartungen, aber auch leicht gemischten Gefühlen ins Auto. Denn zu diesem Zeitpunkt konnte ich Budapest nur durch nicht allzu schmeichelhafte Medienberichte, in welchen von hoher Armut, korrupten PolitikerInnen und einer starken rechtsextremen Szene die Rede ist. Zusätzlich befand sich meine Wohnung im achten Bezirk Budapests. Dieser gilt, auf Grund der hohen Armut und Kriminalität, als die schlechteste Gegend innerhalb der Stadt und wird von vielen abschätzig als ‚Roma-Viertel‘ bezeichnet.

Doch nach nur wenigen Tagen wurden diese Zweifel bereits zerstreut. Die Stadt ist zwar etwas heruntergekommen, aber bietet auch gerade deshalb eine ganz eigene, authentische Atmosphäre. In meinem Bezirk werde ich zwar täglich mit der Armut der Leute konfrontiert, aber die meisten von ihnen sind dennoch freundliche, herzliche Menschen.

Auch von meiner Arbeit am *Budapester Holocaust Institut* (BHI) war ich positiv überrascht. Obwohl der Altersdurchschnitt meiner Arbeitskollegen zwischen 50 und 60 liegt, hatte ich keine Probleme damit, mich in das Arbeitsumfeld einzufinden. Zu meinen regelmäßigen Arbeiten zählt das selbstständige Recherchieren, das Schreiben verschiedener Reden und Vorträge, die Korrespondenz mit internationalen Institutionen, das Beantworten von Anfragen (oft auch von Holocaust-Überlebenden), sowie das Übersetzen von Ausstellungen oder kleineren Texten aus dem Ungarischen ins Deutsche.

Des Weiteren habe ich, außerhalb meines offiziellen Tätigkeitsbereiches, begonnen, bei der neuen Sortierung des Archives mitzuhelfen und bemühe mich darum, demnächst auch einmal eigene Führungen durch das Museum geben zu können. Gleich am Anfang des Jahres habe ich mir einige ‚To-Do‘-Listen gemacht, um sowohl in der Arbeit möglichst viele Erfahrungen zu sammeln als auch die zahlreichen Angebote der Stadt so gut es geht auszunutzen zu können. Die meisten Punkte stehen noch immer darauf, aber schließlich habe ich ja noch sechs weitere Monate, um das zu ändern.

Andreas Pigl

„Wien“ erinnert sich

„Die Republik Österreich erinnert sich 2005 an 60 Jahre Kriegsende, an 50 Jahre Staatsvertrag – wir möchten uns mit Ihnen an die Zeit 8. Mai 1945 bis 15. Mai 1955 erinnern.“ Damit rief die *Friedensgemeinde* Erlauf ihre BürgerInnen dazu auf, eigene Erinnerungen mittels E-Mail, Fax oder Brief an das Gemeindeamt zu senden – so würde „ein Stück Vergangenheit belebt“, die Geschichte Erlaufs zwischen 1945 und 1955 – unter dem Motto *Erlauf und Erläufer erinnern sich...* – neu geschrieben. Innerhalb von 10 Jahren, bis 2005, wollte man fertig sein. Bereits 2004 kam dann das Buch *Erlauf erinnert sich...* bei *Revolver Publishing* heraus, dem Desiderat folgend neben einer Zusammenschau der für Erlauf entstandenen Kunstprojekte auch einer theoretischen Auseinandersetzung mit dem Zusammenspiel von Erinnerungskulturen und Kunst im öffentlichen Raum eine Plattform zu bieten.

Den Beinamen *Friedensgemeinde* trägt der heute 1.080 EinwohnerInnen zählende Ort im Mostviertel, da er am 8. Mai 1945 Schauplatz des Zusammentreffens der US-amerikanischen und sowjetischen Truppen war – mit anschließendem Friedensschluss und Ende des Zweiten Weltkriegs für Österreich. Dies hatte diverse Initiativen dazu angeregt, Spuren lokaler Geschichte und Kulturen des Gedenkens zu reflektieren. Neben dem Buch entstand bereits 1995 ein zweiteiliges Friedensdenkmal am Erläufer Hauptplatz – eine Skulpturengruppe des Künstlers Oleg Komov und ein zum Himmel gerichteter Laserstrahl als Teil der Arbeit Jenny Holzers. Und auch Straßen wurden temporär umbenannt. Der Gemeinde verschaffte das unter anderem von der niederösterreichischen Landesregierung geförderte Projekt zudem eine beachtliche Web-Präsenz.

Die Auseinandersetzung mit Formen und Inhalten kollektiven Erinnerns und Vergessens hat seit mittlerweile drei Jahrzehnten Konjunktur. Auf Maurice Halbwachs grundlegenden Arbeiten aus den 1920er-Jahren aufbauend wurden Erinnerung und Gedächtnis in den frühen 1980er-Jahren zu zentralen Forschungsthemen unterschiedlichster wissenschaftlicher Felder. Neben diesen theoretischen Auseinandersetzungen führte der Gedächtnis-Boom mit einiger Verzögerung zu einem praxeologischen *turn*, im Zuge dessen Gedächtniskulturen hinterfragt, Einschreibungen in den Gedächtnisspeicher im Sinne einer Enthierarchisierung des Zugriffs zunehmend als partizipative Prozesse verstanden und Mitsprache eingefordert wurde.

Die Erläufer Initiativen (1995–2005) sind somit in einem allgemeinen und auch international beobachtbaren Trend der Zunahme, nicht nur an Erinnerungsinhalten Interessierter, sondern für deren aktive Mitgestaltung und Alterierung engagierter Initiativen zu verstehen. Ein aktuelles Beispiel stellt die Initiative zur Umgestaltung des Lueger-Denkmal am Wiener Luegerplatz in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus dar. Das dazugehörige Handbuch versammelt Aufsätze einiger früher theoretischer WegbereiterInnen des heute lebendigen Feldes und macht klar, dass sich die Initiative als „handlungsorientierter Beitrag zum Denk- und Mahnmaldiskurs“² versteht. Losgetreten wurde die Auseinandersetzung mit der historisch höchst problematischen Figur Karl Lueger, Wiener Bürgermeister und offen antisemitischer Demagoge, unter anderem

durch die bereits Jahrzehnte andauernde Debatte um die Umbenennung von nach Lueger benannten Verkehrsflächen. Die 2012 schließlich erfolgte Umbenennung des prominent gelegenen Dr.-Karl-Lueger-Rings in Universitätsring wurde in den unterschiedlichen politischen Lagern nicht nur erwartungsgemäß kontroversiell diskutiert, sie markiert gewissermaßen auch den Beginn einer Phase der Neukonzeption des Mediums ‚Straßenname‘. Dass die Umbenennung (im Gegensatz auch zu den Kunstprojekte gebliebenen Fällen in Erlauf) tatsächlich durchgeführt wurde, stellt im Lichte der Umbenennungsstatistik der Zweiten Republik einen absoluten Ausnahmefall dar. Dass die Wahl schließlich auf Universitätsring fiel, ist aus historischer Perspektive die zweite Überraschung. Typischer für Wien wäre die, auch in Erwägung gezogene, personenbezogene Benennung gewesen. Weniger überraschend ist hingegen, dass man sich für die neutralste aller Alternativen entschied – und einem politischen Bekenntnis, etwa zu Republik³, Demokratie oder der europäischen Gemeinschaft aus dem Weg ging.

Und tatsächlich wurden in den Gedächtnisspeicher der Stadt Wien auf Ebene der Straßenbenennungen traditionell primär Personen und nur selten ereignisgeschichtliche Zäsuren eingeschrieben. Generell finden sich daher nur wenige der häufig zitierten ‚Meilensteine‘ der österreichischen Geschichte, wie sie in Schulbüchern oder Lexika nicht fehlen dürfen, auch in Verkehrsflächenbenennungen wieder.⁴ Darüber hinaus waren Straßennamen über lange Zeit, im Gegensatz etwa zu den Bestrebungen jüngerer Projekte wie jenem in der Gemeinde Erlauf, primär Medien hegemonialer Geschichtsdiskurse.

Mit dem Ostarrichi-Park (9. Bezirk) – um in Folge nur einige Benennungen herauszugreifen – wird in der Landesgeschichte früh angesetzt, nämlich bei der bekannten Schenkungsurkunde über 30 Königshufen Land in Neuhofen an der Ybbs im Gebiet, das im Volksmund Ostarrichi genannt wird. Die Benennung des Parks gegenüber dem Landesgericht erfolgte zum Jubiläum 1996. Weitaus älter sind Benennungen anlässlich der nächsten zwei Etappen der Landesgeschichte. Die Babenbergerstraße (1. Bezirk) erinnert seit 1863 an die Markgrafen (von 976 bis 1246) bzw. Herzöge der Babenberger (ab 1156) von Österreich. Ein Jahr zuvor wurde die unweit davon entfernt liegende, lediglich durch die Hofburg getrennte, Obere Bräunerstraße in Habsburgergasse umbenannt. Nach einem zeitlichen Sprung finden wir seit 1914 im 16. Bezirk den Kongressplatz und Kongresspark, an den Wiener Kongress von 1814/15 erinnernd. Märzstraße und Märzpark informieren seit 1899, dass hier die Opfer der Revolution von 1848 bestattet wurden.

Im 20. Jahrhundert rücken Verweise auf politische Zäsuren – und das ist typisch für die historische Repräsentation Wiens – zugunsten der Betonung von Wiens Charakter als Weltkulturstadt in den Hintergrund. Den Zerfall der Monarchie bzw. die Ausrufung der Republik finden wir, obwohl diesbezügliche Anregungen aus der Bevölkerung belegt sind, heute nicht direkt wieder. Beim genaueren Hinsehen entpuppt sich hingegen der Freiheitsplatz (21. Bezirk, 1920) als „Erinnerung an die Ausrufung der Republik Österreich 1918“⁵. Auch der heutige Albertina-

Platz war bis zu einer Anordnung des Bürgermeisters Richard Schmitz im Jahr 1934, der Rooseveltplatz, und von 1945–1946 wurde dieser in Freiheitsplatz umbenannt.⁶

Der Bürgerkrieg 1934 wird jedoch erst seit 1985, als es unter Bürgermeister Helmut Zilk und Kulturstadtrat

Franz Mrkvicka zur Umbenennung des Heiligenstädter Platzes in 12. Februarplatz (19. Bezirk) kam, erinnert. „Generalstreik und Aufstandsversuch des Republikanischen Schutzbundes, des bewaffneten Armes der Sozialdemokratischen Partei, gegen das Regime; blutig niedergeschlagen, führte zum Verbot der Sozialdemokratie und ihrer Organisationen“⁷, liest man im damals von der Kulturabteilung verfassten Erläuterungstext.

Nicht erinnert wird an Weltkriege und Diktaturphasen, Austrofaschismus und das NS-Regime. Mehr noch überrascht, dass zu Staatsvertrag und der Ausrufung der Zweiten Republik keine Spuren vorhanden sind. Hinter dem heutigen Mexikoplatz (2. Bezirk) verbirgt sich weitgehend unbemerkt eine Danksagung an das einzige Land, das gegen den ‚Anschluss‘ Österreichs 1938 protestiert hat.⁸ Der Europaplatz (7./15. Bezirk) verweist nicht etwa auf Österreichs EU-Beitritt – er diente 1958 lediglich der „Unterstreichung des von Bürgermeister Franz Jonas propagierten Europagedankens“.⁹

Benennungen, mit denen heute BesucherInnen der Stadt in Berührung kommen, sind Ergebnis eines historisch gewachsenen, seit der Revolution 1848 vergangenheitspolitisch manipulierten Corpus an gezielt gesetzten Verweisen auf Erinnerungswerte. Der Stadtplan wird als Gedächtnisstütze zu einem Auslöser von Erinnerungen, der die ‚Geister der Vergangenheit‘, für einen Augenblick ‚aufblitzen‘ lässt und die Vergangenheit lesbar macht.¹⁰ Gerade im internationalen Vergleich sind in Wien Marker prominenter historischer Ereignisse in der Semiosphäre der Stadt selten – ganz anders etwa in Paris oder Rom, wo etwa die Republik nicht nur in zahlreichen Straßenbenennungen, sondern auch in den alltagspraxeologisch dynamischeren Metro-Stationen gefeiert wird. Einerseits ist die Liste der von Bezirken oder Interessensvertretungen bei der Kulturabteilung der Stadt Wien in Vorschlag gebrachten Persönlichkeiten für eine zukünftige Ehrung lang, andererseits hat aber die Einschreibung von Geschichtsdaten in Österreich wenig Tradition. Wenn sie durchgeführt wurden, dann zumeist von Seiten neuer Machthaber direkt nach einem Umbruch.

In der Museumskultur der letzten Jahre werden so genannte *Co-Curating-Strategien*, also die Inklusion von persönlichen Zugängen und Erinnerungen in Ausstellungen, immer beliebter, eine Tendenz, an welche die Gemeinde Erlauf mit ihrem Erinnerungsprojekt anschließt. Und auch in zahlreichen deutschen Städten (wie etwa Münster, Mainz, Berlin usw.) ist der steigende Einfluss öffentlicher Debatten und Initiativen auf einen kritischen Umgang mit Straßenbenennungen bemerkbar. Die Stadt Wien hat die Neubenennung des Lueger-Rings keiner öffentlichen Debatte unterzogen und eine Mitsprache, von



1994 wurde eine Fläche beim ehemaligen Aspangbahnhof der Platz der Opfer der Deportation benannt, um an die deportierten Opfer des NS-Regimes zwischen 1938 und 1942 zu erinnern.

untent' hätte, wie in den historischen Quellen deutlich wird, in den letzten 100 Jahren auch eine Ausnahme dargestellt. Dennoch sind Demokratisierungs- und Pluralisierungsbestrebungen sind, vor allem was Neubenennungen betrifft, auszumachen. Der 1994 benannte Platz der Opfer der Deportation (3. Bezirk) markiert eine jüngere Tendenz der Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit sowie eine Aufmerksamkeit für marginalisierte gesellschaftliche Gruppen jenseits dominanter Geschichtsnarrative. Der Universitätsring könnte somit als weiterer Indikator einer kritischen Revision gedeutet werden, nicht nur was die Problematisierung glorifizierender personenbezogener Benennungen, sondern ganz allgemein die über Benennungen entscheidenden Verfahren – im Sinne einer Öffnung – betrifft.¹¹ Grundlage einer informierten und zeitgemäßen Neukonzeption von Benennungen könnte und müsste heute daher die intensive Auseinandersetzung mit den alltagsweltlichen, praxeologischen Aspekten, den Mikropolitiken dieser zentralen vergangenheitspolitischen Medien sein, um den *competing neighborhood realities*¹² urbaner Kultur gerecht zu werden.

Birgit Nemeč

Historikerin und Kulturwissenschaftlerin. *Pre-doc* am Max-Planck Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin, *Fellow* im Doktoratskolleg *The sciences in historical, cultural and philosophical contexts* der Universität Wien. Forschungsprojekte, Publikationen und Vorträge zu Stadtgeschichte Gedächtnispolitik und Visuellen und Materiellen Kulturen der Wissenschaften. Diplomarbeit zu *Straßennamen als Medien von Vergangenheitspolitik, Wien 1910–2010*, Wien 2008. Mitarbeiterin im Projekt *Wiener Straßennamen seit 1860 als politische Erinnerungsorte des Vereins zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte*.

1 <http://www.friedensgemeinde.at/system/web/sondersseite.aspx?menuonr=220571236&detailonr=220571236> (24.01.2014).

2 <http://luegerplatz.com> (25.01.2014).

3 Und dies, obwohl es 1934 zu einer zweifachen Umbenennung des *Rings des 12. November* (Tag der Ausrufung der Republik; vgl. Entschließung des Bürgermeisters, 27.04.1934. Wiener Rathaus-Korrespondenz, 28.12.1934) kam, infolge dessen dieser zu einem Teil in *Dr.-Ignaz-Seipel-Ring*, zu einem anderen Teil in *Dr.-Karl-Lueger-Ring* umgetauft wurde. Die Demokratiebezeugung wich damals also zwei Vertretern des christlichsozialen Lagers.

4 Quelle der Erläuterungstexte ist, wenn nicht anders angegeben <http://www.wien.gv.at/strassenlexikon/internet/> (15.09.2014) sowie Peter Autengruber, *Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung–Herkunft–frühere Bezeichnungen*, Wien u.a. 2010.

5 Vgl. ebd.

6 Rathauskorrespondenz, 28.12.1934 sowie MA 350-A 21-1 (MA 7-1719/46), Wiener Stadt- und Landesarchiv; Amtsblatt 1946 (17,3).

7 Quelle der Erläuterungstexte ist, wenn nicht anders angegeben <http://www.wien.gv.at/strassenlexikon/internet/> (15.09.2014) sowie Peter Autengruber, *Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung–Herkunft–frühere Bezeichnungen*, Wien u.a. 2010.

8 Bis zu einer Anordnung des Bürgermeisters Richard Schmitz 1934 hieß die Verkehrsfläche interessanter Weise Volkswehrplatz, benannt 1919.

9 Quelle der Erläuterungstexte ist, wenn nicht anders angegeben <http://www.wien.gv.at/strassenlexikon/internet/> (15.09.2014) sowie Peter Autengruber, *Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung–Herkunft–frühere Bezeichnungen*, Wien u.a. 2010.

10 Marc Augé, *Ein Ethnologe in der Metro*, Frankfurt am Main 1988, 7–9.

11 Vgl. auch: Stadt Wien, Hg., *Erinnern für die Zukunft. Wien und seine Gedächtniskultur*. www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/gedaechtniskultur.pdf (30.01.2014).

12 John Czaplicka/J. Blair A. Ruble/Lauren Crabtree, Hg., *Composing urban history and the constitution of civic identities*. Washington D.C. 2003.

Die Angst vor dem Straßenschild

Eine internationale Rundschau zu kommunalpolitischen Möglichkeiten im Umgang mit belasteten Verkehrsflächenbezeichnungen

Die Wiener Stadtregierung beauftragte 2011 ein Team von HistorikerInnen unter der Leitung von Oliver Rathkolb mit einer Studie über die Benennungspraxis öffentlicher Flächen in der Stadt. Dabei sollten vor allem demokratiepolitisch problematische NamensgeberInnen identifiziert werden, um eine fundierte öffentliche Diskussion zu ermöglichen. Wien ist bisher die einzige europäische Metropole, die ein vergleichbares Projekt in Angriff nahm, aber beileibe nicht die einzige Kommune, die vor dem Problem unliebsamer Straßenbezeichnungen steht. Im Zuge ihrer Arbeit ging die HistorikerInnengruppe daher auch der Frage nach, welche Möglichkeiten des Umgangs politischen EntscheidungsträgerInnen offen stehen, wenn Straßennamen in die Kritik geraten. Dazu wurden konkrete Fälle aus Österreich, Deutschland, Spanien, Frankreich und den USA miteinander verglichen und versucht, Handlungsoptionen zu destillieren. Mit Ausnahme der USA, wo an das angrenzende Grundstückseigentum viel weitergehende Mitspracherechte geknüpft sind, waren sich die aufgefundenen Politiken überraschend ähnlich.

Zu den AkteurInnen von Straßenumbenennungen ist zunächst festzuhalten, dass es sich fast ausnahmslos um top-down-Prozesse handelt. Das ist nicht weiter verwunderlich: In einem funktionierenden Gemeinwesen obliegen kommunale Beschlussfassungen gewählten Gremien, für die Umsetzung sorgen dann die zuständigen Verwaltungsbehörden. Die entscheidende Frage lautet allerdings: *Weshalb* werden diese Institutionen aktiv?

In Transformationsphasen, etwa nach dem Zusammenbruch des ‚Ostblocks‘ ab 1989, kommt die Benennung von Straßen und Plätzen einer symbolischen Demontage des alten Regimes und einer Inbesitznahme des öffentlichen Raums durch die neuen MachthaberInnen gleich. Die Entscheidung, eine Verkehrsfläche einer bestimmten Person zu widmen bzw. nicht länger zu widmen, geht in diesem Fall direkt von der politischen Elite aus. Abseits tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen ist das aber eine seltene Ausnahme. In politisch einigermaßen stabilen Phasen wird die Umbenennungsproblematik fast immer von außen an BeamtenInnen und PolitikerInnen, herangetragen.

Wer fordert Umbenennungen?

Üblicherweise lassen sich drei Typen von Umbenennungsinitiativen unterscheiden.

Die erste und kleinste Gruppe geht tatsächlich von AnrainerInnen aus, von Leuten also, die nicht länger in einer Straße leben möchten, die nach einer bestimmten Person benannt ist.

Die zweite und größte Kategorie von InitiatorInnen sind Lobbys, die sich gesellschaftlich für bestimmte Anliegen einsetzen und diese im öffentlichen Raum eingeschrieben sehen wollen, indem sie gegenläufige Werthaltungen, repräsentiert durch bestimmte NamenspatronInnen, zu tilgen versuchen, oder indem sie für die öffentliche Würdigung von in ihrem Sinne verdienten Persönlichkeiten eintreten, indem eine Fläche nach diesen benannt wird. Nicht immer sind diese Lobbys Gruppen, oft handelt es sich auch um engagierte Einzelpersonen (besonders häufig anzutreffen: HistorikerInnen und LehrerInnen).

Im Unterschied zur erstgenannten Gruppe der AnrainerInnen sind Lobbys also nicht räumlich, sondern inhaltlich betroffen.

Die Dritte und aufgrund ihrer Brückenkopffunktion vielleicht wichtigste Gruppe sind MandatsträgerInnen und FunktionärInnen von Parteien. Bei ihnen überwiegt deutlich ein politisches Kosten/Nutzen-Kalkül. So sind es besonders Oppositionelle, die entsprechende Forderungen erheben. Entstammen die Personen hingegen demselben Parteienspektrum, das in der jeweiligen Kommune die Stadtregierung stellt, so handelt es sich bei denen, die sich für Benennungspolitiken interessieren, praktisch immer um den politischen Nachwuchs. Oppositionelle und JungpolitikerInnen verbindet der Wunsch nach Selbstprofilierung und der Umstand, dass man allfällige negative Konsequenzen einer Umbenennung bei Wahlen kaum zu fürchten braucht. Dennoch haben beide eine deutliche zeitliche Präferenz gemeinsam: sie erheben Forderungen nach Umbenennungen gehäuft im ersten Abschnitt einer Wahlperiode.

Worin besteht das politische Problem einer Umbenennung?

Zahlreiche Beispiele, von der Lettow-Vorbeck-Straße im deutschen Radolfzell über die Rue Marechal Petain im französischen Belrain bis hin zu den ehemals nach General Franco benannten Straßen und Plätzen in Spanien zeigen deutlich den hohen distinktiven Gehalt von Geschichte. Im Alltag interessieren sich die wenigsten von uns für den/die NamensgeberIn der eigenen Adresse. Dennoch wird die Forderung nach einer Umbenennung von vielen Menschen offenkundig als Infragestellung der eigenen Identität erlebt – und als solche durchaus emotional zurückgewiesen. Auf kommunaler Ebene ist eine Diskussion um eine Flächenbezeichnung daher in jedem Fall ein heißes Eisen.

Was also tun?

Auf den ersten Blick hat die Politik nur zwei Optionen: Sie kann den Wunsch nach einer Umbenennung zurückweisen oder sie kann umbenennen. Bei näherer Betrachtung sieht die Sache freilich etwas komplizierter aus.

Variante 1: Ignorieren

Sobald eine Flächenbezeichnung in die Kritik gerät, besteht die erste Reaktion der politischen EntscheidungsträgerInnen durchwegs im Versuch, das Problem zu ignorieren, in der Hoffnung, dass bald wieder Ruhe einkehre. Umbenennungsforderungen halten sich jedoch auch in transnationaler Perspektive erstaunlich zäh. Aus Kommunen mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen verschwinden sie praktisch nie.

Variante 2: Kalmieren

Hat die soziale Basis einer Umbenennungsforderung eine kritische Größe erreicht, reagieren die Verantwortlichen häufig mit Gesprächsangeboten. Betont wird, dass man sich der Diskussion stelle, ersucht um Besonnenheit – und hofft im Stillen noch immer, dass Gras über die Sache wächst.

Die Erfahrung zeigt deutlich, dass diese Strategie speziell in kleinen Orten an der Peripherie Aussicht auf Erfolg hat, also dort, wo insbesondere junge Menschen zu Fortbildungszwecken abwandern.

Variante 3: Zugeständnisse

Die Erkenntnis, dass die Kritik einer bestimmten Straßenbezeichnung zu einem längerfristigen Ärgernis auswachsen wird, führt selten direkt zu einer Umbenennung. Stattdessen werden durch die Zuständigen meist Konzessionen angeboten, wobei hierbei drei Typen besonders weit verbreitet sind:

Zum einen ist das die Anbringung einer erklärenden Zusatztafel. Eine solche wird selbst bei beachtlicher Größe erfahrungsgemäß kaum wahrgenommen und ruft daher auch kaum Reaktionen unter AnrainerInnen hervor. Zugleich bergen Zusatztafeln auch ein gewisses Risiko. Sie führen schließlich den eigentlichen Zweck der Benennung, die öffentliche Ehrung einer Person, ad absurdum. So mag es sein, dass ein prominenter Konstrukteur Autos entworfen hat, die auch nach heutigen Maßstäben eindrucksvoll sind. Im öffentlichen Bewusstsein wiegt das aber eventuell nicht die engen Beziehungen zum NS-Regime samt SS-Mitgliedschaft auf. Ungleich prekärer wird es, wenn TouristInnen und ausländische JournalistInnen auf die Sache aufmerksam werden und entweder dem Widerspruch zwischen Ehrung (Straßennamen) und Kritik (Zusatztafel) nicht folgen können oder gar die Kritik als Teil der Ehrung missverstehen.

Das zweite, schon deutlich seltenere Zugeständnis bildet die Umwidmung: die Benennung bleibt aufrecht, wird aber einer anderen Person zugeordnet. Ein Beispiel hierfür wäre die Umbenennung des Schlesingerplatzes im 8. Wiener Gemeindebezirk, der früher nach dem aggressiv antisemitischen Universitätsprofessor Josef Schlesinger benannt war und dann der Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Theresia Schlesinger gewidmet wurde.

Die dritte und innerhalb des untersuchten Samples seltenste Form des Zugeständnisses ist die Entpersonalisierung, also etwa die Umwandlung einer Ferdinand-Porsche-Straße in eine Porsche-Straße, womit nicht mehr dem Ingenieur mit fragwürdiger Vita, sondern nur noch seiner fahrbaren Erfindung ein Denkmal gesetzt wird.

Variante 4: Die Umbenennung

Es liegt in der Natur der Sache, dass Regierende daran interessiert sind, Dissens zu vermeiden. Ist das nicht möglich, geht das Streben meist dahin, wenigstens sich selbst aus der Schusslinie zu halten. Eine elegante Möglichkeit dazu ist allgemein die Auslagerung des Problems an externe ‚ExpertInnen‘. Im Fall der Straßennamen zeigt sich allerdings, dass diese Strategie die Gefahr birgt, dass die bestellte Expertise am Ende erst recht politische Sprengkraft entwickelt.

Sicherer und scheinbar auch noch bürgerInnennäher ist die Abhaltung eines Plebiszits. Hier kommt es nun darauf an, ob die politischen EntscheidungsträgerInnen selbst zu den BefürworterInnen einer Umbenennung zählen oder nicht. Sind sie für die Beibehaltung des aktu-

ellen Namens gibt es ein klares Erfolgsrezept. Man grenze das Feld der Abstimmungsberechtigten tunlichst auf die direkte Umgebung der umstrittenen Flächenbezeichnung ein und beziehe ansonsten nicht Stellung. Je höher der Anteil der direkten AnrainerInnen unter den Stimmberechtigten, desto höher durchwegs auch die Ablehnungsquote. Tatsächlich konnte kein einziges Beispiel ausfindig gemacht werden, in dem ein Votum ohne entsprechende Informationsarbeit je für eine Umbenennung ausgefallen wäre.

Hat sich eine kommunale Verwaltung dagegen wirklich durchgerungen, eine Umbenennung vorzunehmen, ist rein machiavellistisch betrachtet die sicherste Option der Enthauptungsschlag. Man schaffe ohne viele Worte Tatsachen und tausche mehr oder weniger überfallsartig die betreffenden Schilder aus. Das hat den interessantesten Effekt zur Folge, dass GegnerInnen einer Umbenennung plötzlich nicht mehr den Status Quo verteidigen, sondern gegen diesen aufbegehren müssen. Weil das wiederum der autoritären Grundhaltung vieler Betroffener zuwiderläuft, ziehen sie es oftmals vor, zu schweigen. Ein dergestaltetes Vorgehen vergibt allerdings zu einem Gutteil die demokratiepolitische Chance, die in einem so symbolischen Schritt wie einer Straßenbenennung liegt.

Im Idealfall ist eine Umbenennung beides, öffentliche Auseinandersetzung mit elementaren ethischen und historischen Fragen und Anlass, kulturelle Impulse zu setzen und Bildungsangebote zu eröffnen, die zu einer kritischen Reflexion des eigenen Alltags einladen. Öffentliche Vortragsreihen, Diskussionsveranstaltungen, künstlerische Interventionen, Rufseminare oder *Speakers Corners* haben sich in diesem Zusammenhang als taugliche Instrumente erwiesen. Nachdem solche Maßnahmen zumindest eine minimale finanzielle Ausstattung erfordert, war ihr Zustandekommen letztlich meist davon abhängig, ob die jeweilige Kommune den Diskussionsprozess per se als relevante und förderungswürdige Kulturangelegenheit begriff oder nicht. Je besser das Informationsangebot und je breiter die eingebundenen Bevölkerungsteile waren, desto höher war durchwegs auch das Niveau der Auseinandersetzung und umso weniger hatten Verantwortliche auch bei BürgerInnenbeteiligungsverfahren zu befürchten. In mehrfacher Hinsicht zeigt dies das bemerkenswerte Beispiel von Münster, wo eine bereits verloren geglaubte Abstimmung um die Umbenennung des Hindenburg-Platzes am Ende mit 60 Prozent für die Umbenennung ausging.

Man kann abschließend in einer Umbenennung nicht nur ein demokratisches oder volksbildnerisches Anliegen sehen, sondern auch ein Instrument der Stadtteilarbeit. Eine hohe Partizipation im Umbenennungsprozess hat nämlich durchgängig eine erhöhte Identifikation mit dem neuen Namen, damit aber auch mit der eigenen Lebensumgebung zur Folge. Gleich mehrere Studien haben auf das Phänomen verwiesen, dass eine Stärkung regionaler Identitäten durchaus hilfreich sein kann, um ethische Konflikte zu überwinden oder zumindest zu überlagern.

Florian Wenninger

Geboren 1978, wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für Zeitgeschichte* der Universität Wien und Koordinator eines Forschungsprojektes zu politischen Repression in Österreich 1933–1938. 2011–2013 Mitglied des Forschungsprojektes *Wiener Straßennamen seit 1860 als politische Erinnerungsorte*

„Hier wurden Wunden aufgerissen, die nicht verheilt sind, sondern nur vernarbt“.

Franz Kuttner, ehemaliger Bürgermeister der 1.200-Seelen Gemeinde Erlauf in Niederösterreich, war im Amt, als 2000 und 2002 das zweiteilige Kunstprojekt *Erlauf erinnert sich ...* durchgeführt wurde. Im Gespräch mit *GEDENKDIENTST* skizziert er die aufgeregten Reaktionen mancher BewohnerInnen anlässlich temporärer Straßenumbenennungen zu Ehren von Verfolgten sowie WiderstandskämpferInnen und lässt die Kunst- und Erinnerungsprojekte generell Revue passieren. Das Interview führte Ina Markova.

Ina Markova: Erlauf selbst bezeichnet sich als Friedensgemeinde. Es ist tatsächlich der Ort, an dem 1945 ein US-amerikanischer und ein sowjetischer General mit ihrem Handschlag symbolisch den Sieg über NS-Deutschland besiegelten. Inwieweit spielt dies eine Rolle im kollektiven Gedächtnis der Gemeinde und ihrer BewohnerInnen?

Franz Kuttner: Nachdem das ein historisches Faktum ist, das bekannt ist und gepflegt wird, weiß das ein jeder und ist auch ein bisschen froh und stolz darüber.

Stehen diese künstlerischen Projekte von 2000 und 2002 in einem Zusammenhang mit dieser Selbstbezeichnung als Friedensgemeinde oder hat das einen anderen Hintergrund?

Eigentlich schon. 1995 wurden ja die Friedensdenkmäler, die von Oleg Komov und Jenny Holzer geschaffen wurden, enthüllt. Diese Denkmäler sind in sehr enger Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung des Landes Niederösterreich entstanden – daraus haben sich dann weiterführende Projekte ergeben.

Wie kam es eigentlich konkret zur Idee, die Projekte *Erlauf erinnert sich ...* durchzuführen?

Das Land Niederösterreich ist bereit für zeitgenössische Kunst relativ viel Geld auszugeben. Zur Umsetzung braucht das Land aber Partner, also etwa Gemeinden, die das ermöglichen beziehungsweise zulassen. Ein Großteil der Gemeinden und der Bürgermeister wehrt sich aber dagegen oder hat Angst vor zeitgenössischer Kunst, wenn ich das ganz vereinfachend sagen darf.

Inwieweit war die Gemeinde in den Prozess eingebunden? Konnten Sie etwa bei der Ausgestaltung oder der Auswahl der künstlerischen Projekte mitreden?

Wir durften eigentlich nicht mitreden. Es hat eine Kuratorin gegeben, die die Entscheidung getroffen hat.

Wie waren die Reaktionen der Bevölkerung?

Die Reaktionen waren schon ziemlich aufgeregt – das ist aber für niemanden überraschend. Es ist sehr einfach, Kunstprojekte, die man nicht oder nur am Rande versteht, als unnötig darzustellen.

Im Ausstellungskatalog wird etwa vermerkt, dass ein teilnehmender Künstler, Werner Kaligofsky, seine

temporären Straßenumbenennungsaktionen an zwei Adressen nicht durchführen konnte, da die HausbesitzerInnen protestiert hatten.

Diesbezüglich sind die Wogen schon hochgegangen, weil ja das gesellschaftliche Verständnis bezüglich des Umgangs mit den schlimmen Ereignissen des Zweiten Weltkriegs lange darin bestand, dass man darüber nicht mehr reden und nichts mehr hören wollte. Und plötzlich kommt einer daher und reißt alte Wunden auf beziehungsweise stellt einen Widerstandskämpfer in den Vordergrund. Einen, der in der Erinnerung eines Großteils der älteren Bevölkerung als einer wahrgenommen wird, der sich vor dem Krieg gedrückt hat, um nicht zu Schaden zu kommen. Hier wurden Wunden aufgerissen, die nicht verheilt sind, sondern nur vernarbt.

Interessant wäre auch ein Einblick in die politischen Debatten um das Projekt: Hat es Konflikte auf dieser Ebene, etwa im Gemeinderat, gegeben?

Sicher hat es die gegeben. Meine ParteikollegInnen und ich haben diese Kritik ertragen, in dem Bewusstsein, dass diese ohnehin widerlegt wird. Die anderen Parteien haben hier natürlich eine Chance gewittert, sich gegen die Mehrheit stellen zu können. Das politische Glück in diesen Dingen bestand darin, dass 1995, 2000 und 2005 im März Gemeinderatswahlen stattgefunden haben, diese künstlerischen Ereignisse aber erst jeweils zwei Monate später. Die Grundsatzentscheidungen sind aber immer mit großer Mehrheit zustande gekommen, obwohl eigentlich niemand – auch ich als Bürgermeister nicht – gewusst hat, wie die Projekte konkret gestaltet sein werden.

Um wieder auf die Straßenumbenennungen zurückzukommen: 2013 wurde etwa in Wien ein Bericht einer HistorikerInnenkommission veröffentlicht, der Wiener Straßennamen und deren NamensgeberInnen untersucht. Wie sehen Sie Straßenumbenennungen? Hat es Überlegungen gegeben, die temporären Umbenennungen Werner Kaligofskys zu verstetigen?

Nein, hat es nicht gegeben, vielleicht auch deshalb, weil die Straßennamen erst zu Beginn meiner Amtszeit eingeführt wurden, vorher gab es nur eine Nummerierung. Diese Straßennamen haben wir dann gemeinsam festgelegt, unter dem Grundsatz, dass keine Personennamen verwendet werden. Bis heute gibt es in Erlauf keine Straße, die nach einer Person benannt ist.

Wenn nun aber, wie etwa in Wien, festgestellt wird, dass die Straße oder der Platz nach einer Person mit NS-Vergangenheit benannt ist, wären Sie dann prinzipiell für eine Umbenennung oder dagegen?

Als Privatperson schlagen da zwei Herzen in meiner Brust. Ich möchte als Franz Kuttner nicht in einer Straße wohnen, die nach irgendwem benannt ist, den ich nicht gekannt habe, von dem ich nicht weiß, was er an Gutem oder an weniger Gutem getan hat. Wenn man aber beginnt, hier Korrekturen vorzunehmen, dann ist das ein nie enden wollender Prozess. Denn welchem politischen Funktionär kann man nicht nach einigen Jahrzehnten eine Fehlentscheidung vorwerfen?

Als Privatperson würden Sie also nicht in nach Personen benannten Straßen wohnen wollen, aber als Politiker sehen Sie Probleme, die Umbenennungen mit sich bringen – kann man das so zusammenfassen?

Ich halte es generell für einen Unsinn, Straßen oder Plätze nach irgendwelchen Politikern zu nennen. Ich kann mir etwa vorstellen, dass es einen Schiller-Platz oder eine Grillparzerstraße gibt, aber wer kann in 100 Jahren mit Namen wie Kreis-ky, Figl, Raab oder Vranitzky etwas anfangen?

Um wieder auf Erlauf zurückzukommen: Hat das Projekt Langzeitauswirkungen auf die Gemeinde gehabt?

Es war und es ist eine wichtige Erfahrung, dass man solche Dinge ‚durchstehen‘ kann, dass man sich ohne Weiteres auch Themen widmen kann, die etwas wehtun oder widersprüchlich sind. Es ist auch ein eigenes Museum in Planung, das auf längere Zeit auf diese Ausstellungen und auf den Ort Erlauf hinweisen soll. Es geht vor allem darum, diese temporären Kunstwerke zu sichern und sie herzuzeigen, damit sie nicht im Depot verschwinden. Es sind auch Möglichkeiten für Workshops und ähnliches vorge-
sehen.

Im Rückblick: Würden Sie das Projekt *Erlauf erinnert sich ...* als Erfolg bezeichnen? Würden Sie anderen Gemeinden und anderen BürgermeisterInnen dazu raten, sich auch auf eine derartige Weise mit der Stadtgeschichte auseinanderzusetzen?

1999 wurde Hedwig Saxenhuber angeboten, im niederösterreichischen Erlauf ein Projekt für *Niederösterreich Kultur und Kunst im öffentlichen Raum* zu kuratieren. Aus Anlass des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs und in Erinnerung an einen historischen Handschlag zwischen einem US-amerikanischen und einem sowjetischen General in Erlauf anlässlich der Kapitulation NS-Deutschlands, wurden 1995 Friedensmahnmale errichtet. Die in New York lebende Künstlerin Jenny Holzer gestaltete ein Friedensmahnmal, während Oleg Komovs Werk eher die Seite der SiegerInnen, der ehemaligen Sowjetunion, die auch Besatzungsmacht in Erlauf war, repräsentiert.

2000 wurde das Kunstprojekt *Erlauf erinnert sich ... (I)* durchgeführt, wobei das Projekt aber bald durch die Reaktionen auf die FPÖ-Regierungsbeteiligung stark beeinflusst wurde. *Erlauf erinnert sich ... (II)* fand 2002 statt. Der Untertitel des Projekts lautete *Monumente, Gegenmonumente und Nation*, was auf die in Erlauf vorhandenen Denkmäler und den Ort selbst, sowie auf die Erinnerung an die NS-Zeit bezogen war. Brisant war in diesem Zusammenhang vor allem das Werk Werner Kaligofskys, der Plätze und Straßen temporär umbenannte. Kaligofsky erinnerte damit an den Widerstand des Kommunisten und Eisenbahners Werner Munk sowie an die vertriebenen bzw. ermordeten jüdischen Familien Weiner und Brod.

Zu diesen Kunstprojekten ist ein zweisprachiger (deutsch/englisch) Ausstellungskatalog erschienen: *Hedwig Saxenhuber (Hg.), Erlauf erinnert sich ..., Frankfurt/Main 2004.*

Ich kann für mich sagen, dass die Beschäftigung mit Kunst und Kultur meine Zeit als Bürgermeister und auch mein Leben bereichert hat, weil ich hier Einblicke in Abläufe bekommen habe, die mir als Privatperson nicht bekannt waren. Ich bin als Kind in sehr ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen. Kunst und Kultur war da außerhalb meines Horizontes angesiedelt. Ich war aber immer neugierig darauf, was hinter diesem Horizont angesiedelt war. Ich würde grundsätzlich jedem empfehlen, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen – obwohl das nicht einfach ist, obwohl man sich damit angreifbar macht. In Erlauf formiert sich jetzt wieder auch schon politischer Widerstand gegen das Museum.

Franz Kuttner war von 1985 bis 2009 Bürgermeister der niederösterreichischen Gemeinde Erlauf. Gemeinsam mit seiner Frau führte er lange einen landwirtschaftlichen Handels- und Verarbeitungsbetrieb, in dem sie beide – trotz Pensionierung – immer noch aushelfen.

Ina Markova ist Projektmitarbeiterin am *Institut für Zeitgeschichte* der Universität Wien und beschäftigt sich in ihrer Dissertation vor allem mit der österreichischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auf visueller Ebene.

Offenlegung

Medieninhaber, Verleger, Herausgeber:

GEDENKDIENTST – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog (ZVR-Zahl: 934402937)

Vorstand: Adalbert Wagner (Obmann), Linda Erker (stv. Obfrau), Lukas Meissel (stv. Obmann), Matthias Kopp (Schriftführer), Nadine Tauchner (stv. Schriftführerin), Andreas Flaig (Kassier), Markus Kinschner (stv. Kassier), Alexander Cortés, Sassan Esmailzadeh, Jutta Fuchshuber, Tobias Haider, Olivia Kaiser-Doldize, Sarah Knoll, Moriz Kopetzki, Michael Spiegl

Geschäftsführung: Isabella Riedl

Sitz: Margaretenstrasse 166, 4. Stock, 1050 Wien

Unternehmensgegenstand: Der Verein GEDENKDIENTST ist eine parteipolitisch wie konfessionell unabhängige Non-Profit-Organisation. Die Vereinstätigkeit umfasst historisch-politische Bildungsarbeit sowie die Entsendung von Freiwilligen und Zivildienstleistenden an Forschungszentren, Gedenkstätten, Opferbetreuungseinrichtungen und pädagogische Institutionen.

Grundlegende Richtung: Die vierteljährlich erscheinende Zeitung *GEDENKDIENTST* ist Organ des Vereins GEDENKDIENTST – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog. Sie befasst sich in erster Linie mit Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus sowie dessen Ursachen und Folgen; darüber hinaus auch mit Faschismus, Rassismus und Antisemitismus. Dabei stehen die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus und die daraus resultierenden Entwicklungen im Mittelpunkt des Interesses. Zudem dokumentiert *GEDENKDIENTST* die Aktivitäten des Vereins.

In Memoriam Emil Maurer

Im siebten Bezirk wurde, spät aber doch, am 15. Mai 2014 durch Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger endlich eine Fläche nach dem einzigen jüdischen Bezirksvorsteher Wiens und nachmaligen Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Emil Maurer, benannt.

Im galizischen Kuty wurde am 11. April 1884 ein Bub namens Eisig Nachbar in eine arme jüdische Familie hineingeboren. Eisigs Mutter Risie hatte ihren Mann, einen Talmudlehrer, nur nach religiösem Ritus geheiratet. Vor dem Gesetz galt Eisig daher als uneheliches Kind und trug den Nachnamen seiner Mutter.¹ Die Schulbank drückte er zunächst bei seinem Vater, bereits mit zehn Jahren war es mit dem Lernen jedoch vorerst vorbei. Der Bub musste zum Erhalt der Familie beitragen und wurde zu einem Uhrmacher in die Lehre geschickt. Nach zwei Jahren schmiss er diese hin.

Der Traum von Wien

Später würde er schreiben, es sei der Vortrag über den Sozialismus gewesen, der in ihm „das unwiderstehliche Verlangen erweckte in die Großstadt Wien zu ziehen, um zu studieren.“² Vielleicht stimmte das, vielleicht passte eine solche Erweckungsgeschichte aber auch einfach ganz gut in die Vita jenes erfolgreichen sozialdemokratischen Lokalmatadors, zu dem sich Eisig später entwickeln sollte. Jedenfalls schlug sich der Zwölfjährige 1896 tatsächlich alleine nach Wien durch. Hier hielt er sich als Tagelöhner auf Märkten notdürftig über Wasser. Bis er ein Jahr später in das jüdische Lehrlingsheim in der Grünen Torgasse aufgenommen wurde, hatte er keine feste Bleibe – ließ ihn niemand aus Mitleid bei sich schlafen, war er obdachlos. Mit der Aufnahme ins Lehrlingsheim besserte sich neben der tristen Wohn- auch die Erwerbssituation: Eisig wurde Lehrling in einem Metalldruck-Unternehmen. Während nicht mehr zu klären ist, ob es tatsächlich seine sozialistischen Ideale waren, die ihn dazu veranlassten seiner Heimatstadt den Rücken zu kehren, steht ein anderes Datum fest: Am 1. Oktober 1898, im Alter von vierzehn Jahren und zwei Jahre nach seiner Ankunft in Wien trat Eisig dem *Verein Jugendlicher Arbeiter*, Ortsgruppe Ottakring bei. In dieser Vorläuferorganisation der *Sozialistischen Arbeiterjugend* stach er bald durch Fleiß und Einsatzwillen hervor und rückte zügig in den Vorstand auf.

Nach Abschluss seiner Lehre arbeitete er ab 1901 als Vorarbeiter in verschiedenen *Wiener Werkstätten*. Daneben war er weiterhin politisch tätig und versuchte verbissen, die entgangene Schulzeit durch diverse Fortbildungen wettzumachen. Daran geknüpft war wohl auch die Hoffnung auf sozialen Aufstieg. Der allerdings war mit dem Besuch von Vorlesungen im *Arbeiterbildungsverein* nicht zu bewerkstelligen. Eisig sparte Geld, hingte nach sieben Jahren seine Arbeit an den Nagel, paukte in nur drei Jahren den Stoff des gesamten Gymnasiums und bestand 1911 die Studienberechtigungsprüfung.

Studienerfolge und das Bemühen nicht aufzufallen

Im selben Jahr inskribierte er an der *Juridischen Fakultät* der Universität Wien. Vermutlich nicht zuletzt wegen des dort vorherrschenden antisemitischen Klimas ließ Eisig Nachbar am 26. April 1913 sei-

nen Namen behördlich ändern. Mit dem Nachnamen des Vaters nahm er auch einen neuen Vornamen an: Aus Eisig Nachbar wurde Emil Maurer.

Weil die Ersparnisse mittlerweile aufgebraucht und vermögende Gönner nicht in Sicht waren, begann Maurer neben dem Studium wieder zu arbeiten, zunächst als Kolporteur und später als Vertreter. Weil er es trotzdem schaffte als Student zu glänzen, erhielt er schließlich ein Stipendium der Universität Wien und konnte sich damit vollständig auf das Studium konzentrieren. Er promovierte mitten im Ersten Weltkrieg, 1916, und wurde anschließend umgehend zur Musterung kommandiert. Nachdem er zunächst als ‚untauglich‘ aussortiert wurde, fand sich kurze Zeit später offenbar doch eine adäquate Verwendung. Über seinen Kriegsdienst ist nichts bekannt, vermutlich war Maurer in der Wiener Garnison beschäftigt.

Arbeiterrat, Sozialdemokrat, Schutzbündler

Das zumindest würde erklären, wie es ihm 1918 gelang, mittlerweile zum Reserveoffizier avanciert, rasch in der Rätebewegung mitzumischen.

Als Vertreter Wien-Neubaus wurde er Stellvertretender Vorsitzender des österreichischen Arbeiterrates und gehörte dort dem linken Flügel an. Ungeachtet des stürmischen ersten Halbjahres 1919, das auch bei vielen SozialdemokratInnen die Skepsis gegenüber der KPÖ hatte wachsen lassen, trat Maurer für eine Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Kräfte ein. Nebenher machte er im Bezirk Neubau politische Karriere. Ende 1918 war er als Kandidat des *Volkvereins Gerechtigkeit*, aus dem kurz darauf die sozialdemokratische Bezirksorganisation Neubau hervorging, zum stellvertretenden Bezirksvorsteher gewählt worden (das Amt des Bezirksvorstehers ist vergleichbar mit dem eines Unterbürgermeisters). Diese Funktion übte Maurer für die nächsten dreizehn Jahre aus, bevor er 1932 in einem hitzigen Wahlkampf den christlichsozialen Gegenkandidaten knapp aus dem Feld schlug und als einziger Kandidat jüdischer Herkunft in der gesamten Stadt selbst Bezirksvorsteher wurde. Eine wesentliche Ursache für seinen späteren Wahlsieg war sicherlich Maurers Umtriebigkeit. Er gehörte seit 1923 als selbstständiger Anwalt zu den Honoratioren des Bezirks, begnügte sich damit jedoch nicht, sondern war neben seiner Parteiarbeit und seiner Tätigkeit in der Bezirksvertretung auch in zahlreichen Vereinen engagiert und praktisch bei jedem öffentlichen Anlass präsent. Drei Aspekte sind im Rückblick auf die Zwischenkriegszeit besonders charakteristisch für das *zoon politikon* Emil Maurer.

Erstens entwickelte er offenkundig früh eine hohe Frustrationstoleranz. Die kam ihm schon in den 1920ern zugute, als er etwa als Proponent eines Komitees fungierte, das für die Errichtung eines Volkshauses im siebten Bezirk Geld sammelte. Nachdem ein Gutteil der Mittel im Zuge jahrelanger Kollekten mühsam aufgebracht worden war, vernichtete



Schutzbündler und IKG-Präsident. Die Aufnahme links entstand während des Justizpalastbrandes am 15. Juli 1927. Bei dem Schutzbündler (im Bild links, mit der Hand vor dem Gesicht), der nach den ersten Salven der Exekutive versucht, die Polizisten davon abzuhalten weiter auf Demonstranten zu schießen soll es sich um Emil Maurer handeln. Verifizieren lässt sich das heute jedoch nicht mehr. Fest steht, dass Maurer und seine Neubauer Schutzbündler tatsächlich vor Ort waren und versuchten, der Feuerwehr einen Weg durch die aufgebrachte Menge der DemonstrantInnen zu bahnen. Die Aufnahme rechts zeigt Emil Maurer um 1960 beim Besuch einer Veranstaltung der Kultusgemeinde.*

die Hyperinflation 1923/24 das gesamte Kapital. Maurer fing von vorne an. Bereits 1926 hatten er und seine MitstreiterInnen das Geld beisammen, kauften das Haus *Zieglergasse 9* und weihten es am 29. Mai 1927 als *Volkshaus Neubau* feierlich ein.

Sein zweites hervorstechendes Merkmal war die Mischung aus Establishment und Militanz, die Maurer beispielhaft verkörperte. Mit der Gründung des *Republikanischen Schutzbundes* war er 1923 dessen Bezirkskommandant in Neubau geworden. Dass er darunter kein bloßes Ehrenamt verstand, verdeutlicht der Umstand, dass er prompt im Keller des damaligen Bezirksparteisekretariates in der Hermannsgasse 2 einen Schießstand einrichten ließ – gewissermaßen in Hörweite des politischen Gegners im Amtshaus schräg vis-à-vis. Als am 15. Juli 1927 der Justizpalast im Zuge wütender Demonstrationen in Flammen aufging, waren die Neubauer *Schutzbündler* als Ordner eingeteilt. Als solche versuchten sie zuerst, der Feuerwehr einen Weg durch die aufgebrachte Menge der DemonstrantInnen zu bahnen und gerieten anschließend, da sie mit ihren hellen Uniformjacken offenbar dankbare Ziele abgaben, ins Feuer der Exekutive. Maurer selbst blieb unverletzt, erhalten geblieben ist aber ein Foto dieses Tages, das angeblich Maurer zeigt (siehe oben).

Assimilant und selbstbewusster Jude

Drittens bezeichnete sein Verhältnis zum Judentum die öffentliche Person Maurer. Menschen jüdischer Herkunft, die sich politisch in der Sozialdemokratie engagierten, gingen höchst unterschiedlich mit ihrer Religion um. Manche beanspruchten dasselbe Recht wie christliche Genossinnen und Genossen, sich als AtheistInnen von ihrer Religion loszusagen und damit nicht länger assoziiert zu werden. Andere verblieben – wie etwa Otto Bauer – aus Sympathie mit der jüdischen Kultur und als Akt der Solidarität mit einer angefeindeten Minderheit in der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* (IKG Wien). Menschen der dritten und kleinsten Gruppe waren als praktizierende Religiöse in der Sozialdemokratie tätig. Wie ernst es Maurer mit seinen religiösen Gefühlen war, ist heute kaum noch zu klären. Fest steht, dass er seine jüdischen Wurzeln nie verleugnete, wiewohl das im zunehmend antisemitischen Klima der 1920er-Jahre eine opportune Verlockung gewesen sein mag. Maurer versteckte sich nicht, im Gegenteil: auf Bezirksebene trat er demonstrativ als Fürsprecher jüdischer Anliegen auf, auch religiöser. So war er eine treibende Kraft hinter der Einweihung des Bet-

hauses des (jüdischen) *Vereins Neubau* in der Schottenfeldgasse 60.

Verfolgung und Exil

Die endgültige Demontage der Ersten Republik durch den Austrofaschismus im Zuge der *Februarkämpfe* 1934 war für Maurer nicht nur mit dem Verlust seines Amtes als Bezirksvorsteher verbunden. Obwohl er und seine Bezirksgruppe des *Republikanischen Schutzbundes* sich an den Kämpfen nicht aktiv beteiligten, wurde er noch am 12. Februar verhaftet und ins Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Nach seiner Entlassung fungierte er mehrfach für AktivistInnen des sozialdemokratischen Untergrundes als Rechtsbeistand. Vier Jahre und einen Regimewechsel später wurde Maurer am 22. März 1938 neuerlich verhaftet, diesmal von der Gestapo. Ihm wurde die zweifelhafte Ehre zuteil, als einer von 151 ‚Prominenten‘ am 1. April in das KZ Dachau deportiert zu werden. Der Horror dieser Erfahrung ließ frühere Feindschaften vergessen. Mit dem im gleichen Transport nach Dachau deportierten Führer der *Ostmärkischen Sturmsharen* und späteren Bundeskanzler und Außenminister Leopold Figl verband den Schutzbundführer Maurer für den Rest seines Lebens eine aufrichtige Freundschaft.

Von Dachau aus wurde Emil Maurer am 22. September 1938 ins KZ Buchenwald überstellt, von wo er gegen Verpflichtung umgehend das Deutsche Reich zu verlassen am 24. Mai 1939 entlassen wurde. Mithilfe von FreundInnen gelang Maurer die Flucht nach Großbritannien. Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946, kehrte er nach Wien zurück. Eigenem Bekunden nach wollte er hier seinen im KZ gefassten Vorsatz wahr machen „wenn er nach Wien zurückkommt und die Freiheit erlebt, sich der Lösung jüdischer Probleme und dem Kampf für jüdische Rechte zu widmen.“³ Tatsächlich eröffnete er nicht nur wieder seine Rechtsanwaltskanzlei, sondern engagierte sich auch in der kleinen Überlebenden-Gemeinde. Allerdings ist durchaus anzunehmen, dass diese Fokussierung seines politischen Engagements nicht ganz freiwillig erfolgte. In der neu gegründeten SPÖ hatten mittlerweile Leute das Sagen, denen Maurer weder als Jude und Emigrant, noch als vormaliger *Schutzbündler* zu Gesicht stand (was Adolf Schärf nicht davon abhielt, anlässlich von Maurers 70. Geburtstag die Laudatio auf ihn zu halten und umgekehrt diesen nicht, sich darüber auch ehrlich zu freuen). Größtes Hindernis einer Rückkehr in die Kommunalpolitik war aber vermutlich die nazistische Durchseuchung der österreichischen Nachkriegsgesellschaft. Ein Staatssekretär Kreisky, der seine jüdische Identität keineswegs vor sich her trug, ließ

* Der Autor bedankt sich herzlich bei Dr. Hans Petschar (*Österreichische Nationalbibliothek*) und Pnina Schreiber (*Jüdisches Museum Wien*) für die Überlassung der Fotos.



sich noch irgendwie ignorieren. Dass die ehemaligen Wehrmachtssoldaten und SS-Leute samt Anhang aber einen zu ihrem Bezirksvorsteher wählen würden, der ihnen zuvor nur mit knapper Not entkommen war und durch seine bloße Existenz das Nachkriegsidyll zu stören drohte, schien einigermaßen abwegig. Vielleicht war es einfach auch nicht Maurers Sache, um die Stimmen eben dieser Leute zu buhlen, guter Magen hin oder her. Eine Rückkehr in die Bezirks- oder Landespolitik kam daher nicht zustande, seine politische Erfahrung nützte Maurer dennoch.

Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde

Im Frühjahr 1948 wurde er als Listenführer des *Bundes Werkstätiger Juden*, der sozialdemokratischen Fraktion in der IKG mithin, in deren Vorstand gewählt, in weiterer Folge zum Vizepräsidenten. Obwohl das NS-Regime aus dem überzeugten Assimilanten Maurer eigenem Bekunden zufolge einen flammenden Streiter für unser Land Israel gemacht hatte, hinderte ihn das nicht, sich wilde Auseinandersetzungen mit den zionistischen Organisationen innerhalb der IKG zu liefern. Ungeachtet dieser Querelen gewann der *Bund* unter Maurers Führung die Kultuswahlen im Jänner 1952 und errang die Hälfte der zu vergebenden Mandate. Vom Vizepräsidenten wurde Maurer nun zum Präsidenten der *Kultusgemeinde* und behielt dieses Amt neun Jahre, bis 1963.

Über das Privatleben Maurers sind nur Bruchstücke überliefert. Mit seiner ersten Frau, Fanny, hatte Maurer eine Tochter, Lisa, die in Großbritannien lebte und im Jänner 2014 starb. Nach Fannys Tod heiratete Maurer 1960 die Witwe Elisa Flaster, geb. Steinbach, die mit ihren beiden Söhnen, Kurt und Otto, nach dem Krieg aus Palästina zurück nach Wien gekommen war.

Kurz vor dem Jahreswechsel 1967/78 starb Emil Maurer in Wien. Er wurde in einem Ehrengrab auf dem *Wiener Zentralfriedhof* beigesetzt.

Dass bei der feierlichen Einweihung ‚seines‘ Platzes einem Teilnehmer zufolge „mehr Kuchen und Brötchen als Teilnehmer“ anwesend waren, ist fast fünfzig Jahre nach dem Tod des Geehrten keine Überraschung und schwerlich jemandem anzulasten. Dass Emil Maurer als Namenspatron auch künftig Vorüberkommenden fremd bleibt, ist hingegen kein Naturgesetz. Wünschenswert wäre eine ausführlichere Erinnerungstafel, die seine Biografie ausführlicher darstellt. Die verdiente Würdigung kommt viel zu spät, als dass man sie jetzt noch durch achtlose Halbheiten relativieren sollte.

Florian Wenninger

Geboren 1978, wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für Zeitgeschichte* der Universität Wien und Koordinator eines Forschungsprojektes zu politischen Repression in Österreich 1933–1938. 2011–2013 Mitglied des Forschungsprojektes *Wiener Straßennamen seit 1860 als politische Erinnerungsorte*

1 Vgl. Matriken der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Mein Dank gilt an dieser Stelle Herrn Mag. Wolf-Erich Eckstein für die umfassende Unterstützung!

2 Curriculum Vitae. Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde, Präs. Dr. Maurer, Amts-Dir. Reg. Rat Krell 1954.

3 Curriculum Vitae.

vor.gelesen|rezensionen

„Zur Nachkriegskarriere eines Namens“ – Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders

Bettina Stangneth, Arche Verlag, Hamburg 2011

Wer war eigentlich dieser Adolf Eichmann, den Hannah Arendt in ihrem viel diskutierten Bericht über die Banalität des Bösen beschrieb? Arendt, die als Reporterin des *New Yorker* den Eichmannprozess in Jerusalem verfolgte, schildert einen eher einfältigen Mann, der nicht denken könne und weder aus antisemitischer Überzeugung noch bestialischem Antrieb folgend die Jüdinnen und Juden Europas in die Vernichtungslager geschickt habe. Er schien die Erwartungen der Weltöffentlichkeit an das ‚absolut Böse‘ nicht recht zu erfüllen. Doch war der Mann auf der Anklagebank hinter den dicken Brillengläsern und mit der ermüdenden Ausdrucksweise genau das, banal und ein unbedeutendes Rädchen im Getriebe der Mordmaschinerie? Bettina Stangneth geht dieser Frage nach. Anders als der Titel vermuten lässt, ist das Buch keineswegs nur ein Vorwort oder eine Hinführung zu Arendt. Es ist vielmehr eine Art Dialog, der auch den Widerspruch nicht nur zu Arendts Interpretationen und Deutungsversuchen sucht.

Über die Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung Eichmanns in Jerusalem fragt Stangneth nach dessen Selbstbild. Sie rekonstruiert seinen Karriereweg, schildert Flucht und Lebensrealität im argentinischen Exil, fragt warum der Massenmörder so unbehelligt lebte. Dabei zeichnet sie das Bild eines karrierebewussten, umtriebigen, eiteln Mannes, der zwar der Bürokrat hinter den Massenverbrechen war, aber keineswegs der unbekannte Schreibtischtäter. Neben der Darstellung Eichmanns geht Stangneth der Frage nach, was die Geheimdienste über den Biedermann in Argentinien wussten. Wer waren seine Unterstützer? Wie verflochten war Eichmann mit dem Netz alter NationalsozialistInnen? Wer hatte Angst, dass Eichmann auspacken könnte? Als Gegenstück zur Selbstdarstellung Eichmanns vor Gericht als dienstbeflissenen, doch unideologischen Beamten, verbindet Stangneth die Aussagen von und über Eichmann zu einer schlüssigen Charakterstudie eines überzeugten Antisemiten, der sich um sein Lebenswerk und seine Geltung in der Geschichte gebracht sah. Fast scheint er sich nach seiner Enttarnung geseht zu haben. Und wie aus den bis heute nur teilweise einsehbaren Geheimdienstakten ersichtlich wird, wussten die klandestinen arbeitenden BeamtInnen – nicht nur deutscher Behörden – recht gut über das Schicksal des Massenmörders bescheid. So erscheinen der Prozess, die Bemühungen des Mossad, Wiesenthals und Bauers, die schließlich zur Festnahme führten auch Endpunkt einer teils scheinheiligen Verfolgung zu sein.

Diese Verwicklungen zeichnet die Autorin spannend nach, auch wenn sich der/die LeserIn etwas mühen muss, vor dem ausgebreiteten Quellenmaterial nicht zu kapitulieren. Die Lektüre der lesbaren 656 Seiten (Hardcover) führt anschaulich durch die zahlreichen über Eichmann verbreiteten, nicht nur wissenschaftlichen Beiträge, Diskussionen, Theorien und Mythen und bietet einen Einblick in die Vermarktung des Massenmörders vor und nach dem Prozess und schlägt so einen Bogen „Zur Nachkriegskarriere eines Namens“ (S. 91 ff.).

Ramona Bräu

Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus

Lisa Bolyos/Katharina Morawek (Hg.), Mandelbaum Verlag, Wien 2012



„Die zentrale Frage dieses Buches ist die nach künstlerischen und kulturellen Politikformen, die in jene ungestörten gesellschaftlichen Zufriedenheiten einschreiten, die sich mit Beendigung des nationalsozialistischen Regimes, aber nach einem unvollständigen Bruch mit seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen eingestellt haben“ (S. 10).

So stimmen die Herausgeberinnen im Vorwort auf das Vorhaben ihrer Publikation ein. Auf rund 350 Seiten finden sich dazu zahlreiche, meist sehr kurze Beiträge, die von über 50 künstlerischen Beispielen zu geschichtspolitischen Interventionen (Gedenkstätten, Aktionen im öffentlichen Raum, Filme, Musik, Literatur und bildende Kunst) umrahmt werden. Sie dienen dazu, den Kontext der insgesamt neun Kapitel zu illustrieren und zu erweitern. Diese – oft in der Absicht Kontinuitäten aufzuzeigen – behandeln, geordnet nach thematischen Gesichtspunkten, ein breites Spektrum: Raubkunst, den Umgang mit TäterInnen, die Aneignung und Diskriminierung ‚des Fremden‘ durch Kunst, etwa Romantisierung und Abwertung von Roma in der Musik, weiters Zwangssterilisation und Euthanasie oder Zwangsarbeit und die Erinnerung daran. Ein Kapitel verhandelt den Begriff ‚Heimat‘ kritisch; der Auseinandersetzung mit Darstellung und Verarbeitung des Nationalsozialismus in Komödien und Kabarett ist ebenfalls ein Kapitel gewidmet. Zur Sprache kommen auch die fehlende Thematisierung von schwarzen Opfern des Nationalsozialismus und Leerstellen in der (österreichischen) Gedenklandschaft. Im letzten Kapitel, gleichsam auch als Aufforderung zu lesen, wird anhand verschiedener Beispiele unter anderem der kontraproduktive Charakter von Gedenkkonkurrenzen aufgezeigt.

Die Stärke dieses Sammelbands liegt darin, ein breites Spektrum an Themen auf 350 Seiten unterzubringen. Die Kürze der Beiträge nimmt man dabei gerne in Kauf, erlangt man dadurch doch einen Überblick über viele Facetten der Frage, wie Kunst und Geschichtspolitik interagieren können. Hervorzuheben ist auch die schöne Gestaltung des Buchs.

Über das Theater – insbesondere hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Täterinnen und Tätern – hätte man sich mehr gewünscht. Im Kapitel über ‚Heimat‘ fehlt eine Auseinandersetzung mit traditioneller Kleidung, Stichwort Tracht, also der politischen Besetzung von Stoffen.¹ Zudem erweist sich die gewählte Struktur des Bands als ungeschickt: Eine Aufteilung nach einzelnen Kunst- und Agitationsformen statt nach Themen hätte wohl klarere Erkenntnisse hinsichtlich der Frage, was einzelne Medien in Bezug auf nationalsozialistische Geschichtspolitik bisher leisten konnten, hervorgerufen. Dabei wirkt auch bezeichnend, dass man vergeblich die Herstellung eines Zusammenhangs der Kapitel untereinander mit entsprechenden Schlussfolgerungen sucht. Und damit fehlt nicht zuletzt auch die explizite Erörterung der Frage, was Kunst in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus überhaupt kann und soll.

Es bleibt, den Herausgeberinnen zu dieser spannenden Zusammenstellung zu gratulieren. Dass die explizite Auseinandersetzung mit der Frage, was Kunst als geschichtspolitisches Mittel kann, ausbleibt, ist bedauerlich. „Wieso also die Kunst bemühen?“, fragen die Herausgeberinnen im Vorwort (S. 15) – dies bleibt weitestgehend der Deutung der LeserInnen überlassen.

Adina Seeger

1 Vgl. dazu etwa den Dokumentarfilm *Stoff der Heimat* von Othmar Schmiderer (A 2011), <http://www.stoffderheimat.at/de> (16.01.2014).

Geh Denken!

Eine Veranstaltungsreihe des Vereins **GEDENKDIENTST**

Mi, 26. März 2014, 19 Uhr
Der Österreichische Gebirgsverein stellt sich der Vergangenheit
 Im Österreichischen Gebirgsverein setzte sich politischer Antisemitismus schon vor dem ‚Anschluss‘ 1938 durch. Bei der Eingliederung in den Deutschen Alpenverein waren die meisten Funktionen bereits durch Nationalsozialisten besetzt. Nach 1945 gelang den ehemaligen Angehörigen der NSDAP die soziale Reintegration im Vereinsleben. In der vereinsinternen Erinnerung wurde der Nationalsozialismus verdrängt, bis die Hauptversammlung beschloss, die Aufarbeitung mit einer historischen Studie einzuleiten. In seinem Vortrag gibt Gunnar Mertz anhand seiner Forschungsarbeiten hierzu einen ersten Überblick.

Gunnar Mertz, Politologe, Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte des Österreichischen Gebirgsvereins.

Fr, 28. März 2014, 18:30 Uhr
Spezialrundgang „Grün-Weiß unterm Hakenkreuz“
 Der Verein GEDENKDIENTST lädt gemeinsam mit dem Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) zum Spezialrundgang Grün-Weiß unterm Hakenkreuz mit dem Kurator Domenico Jacono durch das Rapideum - das Museum des SK Rapid ein.

Welche Rolle nahmen der Fußballverein Rapid, die Funktionäre und Spie-

VERANSTALTUNGSORT:
Depot
 Breite Gasse 3, 1070 Wien
Beginn 19.00 Uhr

ler in der NS-Zeit ein? Der Rundgang gibt einen Überblick über die sportliche und politische Geschichte Rapids in den Jahren 1938 bis 1945. Ausgehend von der Vereinsgeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus wird auch ein Bogen in die Gegenwart gespannt und die Auseinandersetzung des Vereins mit Rechts-Extremismus thematisiert. Nach dem Rundgang gibt es die Möglichkeit, die gesamte Ausstellung des Rapideum eigenständig zu erkunden.

Der Kurator des Vereinsmuseum Rapideum, Domenico Jacono, war nicht nur hauptverantwortlich für die Planung des Museums, sondern veröffentlichte unter anderem auch das Buch Religion Rapid, das die Geschichte der Fans über ein Jahrhundert hinweg widerspiegelt.

Treffpunkt: *Rapideum*, 1140 Wien, Keißlergasse 6, 18:30 Uhr. Teilnahmebeitrag: MKÖ-Mitglieder kostenlos / Nicht-Mitglieder 5 €. Anmeldung unter: bauer@mkoe.at (Christa Bauer, *Mauthausen Komitee Österreich*). Es gilt das Prinzip *first-come, first-serve* (beschränktes Platzangebot).

Mi, 9. April 2014, 19 Uhr
Papier ist geduldig. Matthias Sindelar: Fußballstar, ‚Ariseur‘, Legende

Der Fußballer Matthias Sindelar, Star der Wiener Austria und des Wunderteams, war bereits zu Lebzeiten eine Legende, sein Tod im Jahr 1939 machte ihn endgültig zu einem Mythos. Der Papieren wurde zur wichtigsten Symbolfigur für Opfer- und Widerstandsliegen im österreichischen Fußballgedächtnis. Erst ab 2003 wurde seine Rolle im Nationalsozialismus – er hatte 1938 ein Kaffeehaus um einen Schnäppchenpreis ‚arisiert‘ – kritisch gesehen. Doch die Debatten um seine Person reißen nicht ab.

David Winterfeld (geb. Forster) ist Historiker im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), Initiator der Serie Fußball unterm Hakenkreuz im Fußballmagazin *ballesterer* und Co-Herausgeber von Fußball unterm Hakenkreuz in der Ostmark (erscheint 2014 im Verlag Die Werkstatt).

14. Mai 2014, 19 Uhr
Zwischen Überlebenskampf und Triumph. Der Wiener Eislauf-Verein und der Nationalsozialismus
 Der Wiener Eislauf-Verein (WEV) hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1867 als feste Einrichtung im Sport- und Gesellschaftsleben der Stadt etabliert. Mit zeitweise knapp 10.000 Mitgliedern und zahlreichen Erfolgen von VereinsathletInnen bei internationalen Wettbewerben im Eislaufsport war und ist der WEV einer der ältesten, größten und erfolgreichsten Sportvereine weltweit. Während der Zeit des Nationalsozialismus bewegte sich der Wiener Eislauf-Verein in einem Spannungsfeld zwischen Überlebenskampf und Triumph. Der Vortrag wirft ein Licht auf die Geschichte des WEV während der NS-Zeit und erörtert Fragen, ob und in welcher Form NS-Ideologie und Rassismus im Vereinsleben praktiziert wurden und wie die Aufrechterhaltung des Betriebs während der Kriegsjahre gelingen konnte.

Agnes Meisinger, Zeithistorikerin, Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte des Wiener Eislauf-Vereins am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien.

Mi, 11. Juni 2014, 19 Uhr
Hakoah Wien. Zur wechselvollen Geschichte des jüdischen Sportvereins

Der jüdische Sportklub Hakoah wurde 1909 in Wien gegründet – als Signal eines steigenden national-jüdischen Selbstbewusstseins, zionistischer Politisierung von sportlicher Betätigung sowie als Reaktion auf den gesellschaftspolitisch akzeptierten Antisemitismus. Er entwickelte sich zu einem der erfolgreichsten Vereine Österreichs. Durch die Auslöschung des Vereins und die Verfolgung sowie Vertreibung seiner Mitglieder nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 fand diese Er-

folgsgeschichte ein jähes Ende. Nach der gewaltsamen Zerstörung der Infra- und Mitgliederstruktur konstituierte sich der Verein 1945 neu und kehrte erst knapp 100 Jahre nach seiner Gründung an seine frühere Wirkungsstätte im Wiener Prater zurück.

Susanne Helene Betz, Studium der Geschichte, Ur- und Frühgeschichte, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Wien sowie Ottawa, Sydney und Paris. Seit 2002 als verantwortliche Historikerin der Schiedsinstanz für Naturalrestitution beim Allgemeinen Entschädigungsfonds tätig.

Monika Löscher, Studium der Geschichte und Romanistik. Seit 2009 im Auftrag der Kommission für Provenienzforschung im Kunsthistorischen Museum tätig. Mi, 26. März 2014, 19 Uhr

Geh Denken! Spezial Buchpräsentation und Diskussion
 Do, 22. Mai 2014, 19 Uhr
Auschwitz, wie im Film?

Was nehmen BesucherInnen von Gedenkstätten wie Auschwitz-Birkenau oder Mauthausen während ihres Rundgangs wahr und welchen Stellenwert haben ihre visuellen Eindrücke für das deutende Verstehen der Vergangenheit? Die semiotische Kraft dieser Orte ist heute eine Ausdrucksfläche für universale und partikuläre Bildnarrative. Halböffentliche mediale Praktiken, wie sie im Fotografieverhalten an Gedenkstätten zum Ausdruck kommen, werden die Zukunft der Erinnerung entscheidend mitprägen.

Till Hilmar: *Storyboards der Erinnerung. Eine empirische Fallstudie zu Geschichtsbildern und ästhetischer Wahrnehmung beim Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau*, Wien, *New Academic Press* 2014.

Mit freundlicher Unterstützung des *Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus* und des *Zukunftsfonds der Republik Österreich*.

Es diskutieren: Till Hilmar, *PhD-Student* und *Junior Fellow, Center for Cultural Sociology (Yale University)* und Helga Amesberger, *Institut für Konfliktforschung (Wien)* und Mitherausgeberin der Dokumentation zu SchülerInnenfotos in Mauthausen *Mauthausen Revisited* (2012).

21. bis 24. Juni 2014

Studienfahrt nach Auschwitz und Krakau

Kein namenloses Grauen, eine Kleinstadt in Polen.

Nach der Wannsee-Konferenz im Jänner 1942 wurde die polnische Stadt Oświęcim von den Nazis zum Zentrum der Vernichtung der westeuropäischen Jüdinnen und Juden bestimmt. Für viele Menschen wurde Auschwitz zu einem abstrakten Symbol des Grauens, des absoluten Bösen. Wir möchten uns Auschwitz indes als konkretem historischen Schauplatz annähern und uns intensiv mit der Geschichte des Ortes und der Menschen auseinandersetzen. Die Studienreise wird genügend Raum für Nachdenken und Diskussion über Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und den Umgang der Zweiten Republik mit dem Nationalsozialismus bieten.

Preis: ca. 250 € pro Person, ermäßigt für SchülerInnen und Studierende, Einzelzimmerzuschlag 15 € pauschal (inkludiert sind Anreise, Abreise, Unterkunft, Verpflegung, sämtliche Eintritte, Begleitung und Organisation).

Anmeldung unter Angabe von Name, Adresse, Erreichbarkeit, Wunsch nach Einzelzimmer, Zimmer nur mit Frauen und/oder evtl. vegetarischem Essen unter: magdalena.rest@gedenkdienst.at

Siehe auch: www.studienfahrten.at



In Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen.

Ein Informationsabend zur Fahrt findet vorab statt, der Termin wird bei der Anmeldung bekanntgegeben.



Impressum

Medieninhaber: GEDENKDIENTST
 - Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog
 A-1050 Wien, Margaretenstraße 166,
 tel +43 1 581 04 90 fax +43 1 253 303 390 72,
office@gedenkdienst.at, www.gedenkdienst.at
 Erste Bank, BLZ 20111, Kto. 288 685 648 00, DVR 003506

Obmann: Adalbert Wagner
Kassier: Andreas Flaig
Schriftführer: Matthias Kopp

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der Autorinnen und Autoren. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins GEDENKDIENTST ident sein.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ramona Bräu, Alexander Dworzak, Johann Kirchknopf, Ina Markova, Birgit Nemeč, Andreas Pigl, Adina Seeger, Florian Wenninger

Abbildungsnachweise: Birgit Nemeč (S. 3)
 ÖNB (S. 6)
 Florian Wenninger (S. 6)
 Jüdisches Museum Wien (S. 7)

Chefredakteurinnen: Jutta Fuchshuber, Sarah Knoll
Redaktion: Roman Birke, Linda Erker, Lukas Dünser, Johann Kirchknopf, Paul Kuglitsch, Ina Markova
Lektorat: Jutta Fuchshuber, Sarah Knoll, Matthias Kopp, Ina Markova
Layout: Philipp Haderer

Druck: simply more, Wien
Erscheinungsort: Wien
Auflage: 2500
Preis: 0,75 Euro